

**Eingangsstatement von Herrn Utz Tillmann,
Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI),
auf der Veranstaltung des VCI und der hessischen Landesvertretung in
Brüssel
am 14. Juni 2016**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich über die Gelegenheit, hier in der hessischen Landesvertretung mit Ihnen über das Thema Emissionshandel sprechen zu können. Es spielt sich zwar politisch größtenteils in Brüssel ab. Aber auch Unternehmen in Hessen sind davon betroffen.

Vielen Dank, dass Sie gekommen sind und sich die Zeit genommen haben, über die Novelle des Emissionshandels zu diskutieren.

Dieser Austausch ist uns wichtig, weil der Emissionshandel als zentrales Instrument der europäischen Klimaschutzpolitik einen langfristigen Rahmen setzt. Dieser Rahmen muss so gestaltet werden, dass wir zwei Dinge erreichen: Die Klimaschutzziele, die wir uns in der EU gesteckt haben, **und** den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie.

Erlaubt sei der Hinweis, dass die deutsche Chemie schon sehr viel länger Klimaschutz betreibt, als es den Emissionshandel gibt. Durch die jahrzehntelange Optimierung ihrer Anlagen hat die deutsche Chemie ihren Ausstoß von Treibhausgasen seit 1990 bereits auf die Hälfte gemindert.

Zusätzlich helfen wir über unsere energieeffizienten Produkte, Emissionen im Alltag einzusparen. An dieser Stelle könnte ich viele Technologien auflisten, die aus der Chemie stammen. Fest steht: Wir sind als Branche mit Blick auf eine weitgehende Dekarbonisierung bis zum Jahr 2050 unverzichtbar für den Klimaschutz in Europa.

Hier und heute soll es aber um die legislative und politische Komponente von Klimaschutz in der EU gehen. Bei der Diskussion dürfen wir den internationalen Hintergrund nicht außer Acht lassen:

Im Dezember wurde in Paris ein neues Klimaschutzabkommen beschlossen. Darin haben sich 194 Vertragsstaaten darauf geeinigt, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen. Die derzeitigen Zusagen der Länder laufen allerdings nach Berechnung der UN eher auf 2,7 Grad hinaus. Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander.

In den meisten Regionen der Welt steigen die CO₂-Emissionen bis 2030 deutlich an. In der EU verfolgen wir dagegen mit Abstand das ehrgeizigste Klimaschutzziel weltweit.

Wir hatten mit Paris die Hoffnung verbunden, dass die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen für die europäische Industrie gesenkt werden. Leider hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt: Durch die Vorreiterrolle der EU wird Klimaschutz international weiter in unterschiedlicher Geschwindigkeit umgesetzt.

Viele Regionen orientieren ihren Klimaschutz vor allem daran, was wirtschaftlich machbar ist. In Europa dagegen gehört es zum Selbstverständnis der Politik, weitere Belastungen für Branchen wie die Chemie einzufordern. Dies spiegelt sich auch in den Überlegungen zur Reform des Emissionshandels wider. Die diskutierte Verschärfung der Spielregeln wird den Wettbewerbsdruck für uns weiter erhöhen.

Dabei sind wir mit dem Emissionshandel in der EU die einzige Industrieregion der Welt, die ein flächendeckendes Instrument für den Klimaschutz anwendet. Sein Mechanismus garantiert, dass die europäischen Klimaschutzziele für die erfassten Sektoren, darunter die Chemie, sicher eingehalten werden. Anders als die meisten Länder der Welt senken wir in Europa damit messbar und verlässlich unsere CO₂-Emissionen.

Die Kehrseite des Systems: Der Industrie entstehen durch den Emissionshandel auch Kosten. Einen dramatischen Anstieg dieser Kosten hat die Politik in der laufenden dritten Handelsperiode durch die Carbon Leakage-Regelungen vermieden.

Diese haben bisher verhindert, dass bestehende Produktion - und somit auch Arbeitsplätze in Regionen abwandern, in denen es eine solche Kostenbelastung nicht gibt.

Gleichwohl beobachten wir gerade in der Industrie, dass Investitionen in neue Anlagen und zusätzliche Kapazitäten verstärkt ins außereuropäische Ausland gehen. Ein wichtiger Grund dafür ist die fehlende Planungssicherheit durch die Energie- und Klimaschutzpolitik in Europa. Das Abwandern von Investitionen ist ein gravierendes Problem für den Erhalt des Industriestandortes und verhindert, dass modernste Anlagen in Europa gebaut werden. Investment Leakage von heute ist aber das Carbon Leakage von morgen.

Bisher beruht der Schutz vor Carbon Leakage im derzeitigen Emissionshandel vor allem auf zwei Elementen:

Erstens: Zuteilung von kostenlosen Zertifikaten für Industrieprozesse und

Zweitens: Kompensation für höhere Strompreise, die durch den Emissionshandel entstehen.

Leider hat die Europäische Kommission 2015 in ihrem Entwurf für die ETS-Novelle die Regeln erheblich verschärft. Beispiele dafür werden wir gleich in der Diskussion hören.

Unsere Position ist klar und deutlich: Um die Klimaschutzziele der EU zu erreichen, brauchen wir diese Verschärfungen nicht. Ich kann auch nicht sehen, dass sie mit den Beschlüssen des Europäischen Rats vom Oktober 2014 im Einklang stehen. Dieser hat den Schutz vor Carbon Leakage als zentralen Bestandteil ins Pflichtenheft der ETS-Novelle geschrieben.

Als Industrie sind wir im Emissionshandel auch künftig auf eine ausreichend hohe Zuteilung von kostenlosen Zertifikaten angewiesen. Das ist die Voraussetzung, um im internationalen Wettbewerb weiter wachsen zu können.

Meine Damen und Herren,

Klimapolitik hat viele Facetten. Eine ist die Minderung von Treibhausgasen. Eine andere ist die Entwicklung von Produkten, die für eine emissionsarme Gesellschaft erforderlich sind. Dafür brauchen wir auch in Zukunft wettbewerbsfähige Unternehmen in Europa. Ohne eine starke Industrie werden wir das Ziel Dekarbonisierung niemals erreichen.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Uns geht es nicht um weniger Klimaschutz. Uns geht es um mehr Wettbewerbsfähigkeit. Die EU wird mit ihrer

Vorreiterrolle international nur Nachahmer finden, wenn es ihr gelingt,
Klimaschutz ohne Schaden für die Industrie umzusetzen.

Ich bin sicher: Erfolgreicher Klimaschutz ist mit effizientem Schutz vor Carbon
Leakage vereinbar. Dazu erhoffen wir uns vom Europäischen Parlament
Lösungen.

Ich freue mich daher auf die anschließende Diskussion.
Vielen Dank

Kontakt: VCI-Pressestelle Telefon: 069 2556-1496

E-Mail: presse@vci.de